



HESSISCHER LANDTAG

20. 06. 2018

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD und der FDP betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Der Landtag wolle beschließen:

Es wird ein Untersuchungsausschuss nach Art. 92 HV und § 54 GOHLT eingesetzt.

Dem Ausschuss gehören 13 Mitglieder an (6 CDU, 4 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE, 1 FDP).

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, umfassend aufzuklären, in welchem Umfang in der Zeit seit 2014 im Zuständigkeitsbereich des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport speziell im Bereich der Hessischen Polizei Auftragsvergaben unter Verstoß gegen die Vorschriften des Vergaberechtes erfolgten, und zwar bei der Beschaffung der Analysesoftware "Gotham" der Firma Palantir Technologies und bei der Vergabe von Abschleppaufträgen. Der Ausschuss soll auch prüfen, ob durch die Beauftragung der Firma Palantir hessische Sicherheits- oder Geheimhaltungsinteressen berührt wurden und ob die für den Einsatz der Analyse-software notwendigen rechtlichen Grundlagen bestanden. Außerdem soll er aufklären, welche Mitglieder der Landesregierung an diesen Vergabeverfahren wie beteiligt waren und ob die Landesregierung das Parlament und die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß und vollständig über diese Vorgänge informiert hat.

I. Dabei ist bezüglich des Verfahrens Palantir insbesondere zu klären:

1. Wann und durch wen warum entschieden wurde, eine sogenannte "dringliche Beschaffung" bzw. endgültige Beschaffung der Software im eingeschränkten Vergabeverfahren zu veranlassen und welche Behörden im Verlauf beteiligt waren.
2. Wann und durch wen warum die grundlegende und wann durch wen warum die endgültige Entscheidung für die Vergabe des Auftrages an die Firma Palantir getroffen wurde.
3. Ob, wann und wie der endgültigen Beschaffung der Software eine ordnungsgemäße Marktanalyse und ein darauf aufbauender Prozess zur Herbeiführung der Vergabeentscheidung voraus ging.
4. Inwieweit die Staatskanzlei, das Hessische Innenministerium oder andere Ministerien in das Verfahren eingebunden waren.
5. Welche weiteren Behörden im Verlauf des Vergabeverfahrens beteiligt waren, insbesondere, ob der Prozess der Auswahl- und Vergabeentscheidung durch einen Lenkungsausschuss begleitet wurde.
6. Warum das Polizeipräsidium Frankfurt und nicht das eigentlich zuständige Hessische Landeskriminalamt in die Beschaffung der Software eingebunden wurde und warum mitten im Verfahren die Behörde gewechselt hat.
7. Ob, wann und wie der Hessische Datenschutzbeauftragte beteiligt wurde.
8. Warum entschieden wurde, die Software im Rahmen des Polizeinetzes einzusetzen und ob hiergegen Bedenken erhoben wurden, gegebenenfalls durch wen.
9. Ob vor der Vergabeentscheidung geprüft wurde, ob in Deutschland eigene Lösungen entwickelt wurden.

10. Ob im Vergabeverfahren die Zuverlässigkeit der Firma Palantir auch unter dem Gesichtspunkt von Kontakten zur Firma Cambridge Analytica und der in den USA gegen die Firma Palantir erhobenen Vorwürfe der missbräuchlichen Nutzung von Kundendaten überprüft wurde.
11. Wie viele Mitarbeiter der Firma Palantir in welchen Zeiträumen wo im Geschäftsbereich des HMdIS mit welchen Aufgabenstellungen tätig waren oder sind.
12. Ob Mitarbeiter der Firma Palantir Zugang zu Servern des Landes Hessen haben.
13. Ob und ggf. welche konkret begründbaren Auswirkungen auf die Sicherheitsinteressen des Landes die Bekanntgabe des tatsächlich vereinbarten Preises (Auftragswertes) hätte.
14. Ob und wie technisch sichergestellt ist, dass keine Daten der hessischen Sicherheitsbehörden an unbefugte Stellen, insbesondere in den USA, ausgeleitet werden.
15. Wie sich die Beschaffung der Software durch das Land Hessen mit dem bundesweiten Projekt Polizei 2020 und dem Ziel einer einheitlichen IT-Infrastruktur der Länder und des Bundes im Polizeibereich vereinbaren lässt.
16. Ob die durch den Hessischen Innenminister am 14. Juni 2018 den Obleuten der Fraktionen im Innenausschuss zur Einsicht vorgelegten Akten des Beschaffungsvorganges bis auf solche Unterlagen, die aufgrund des zu wahrenen vergaberechtlichen und grundrechtlichen Schutzes entfernt wurden, vollständig waren.

II. Bezüglich der Abschleppaufträge ist insbesondere zu klären:

17. Wann durch wen warum entschieden wurde auf öffentliche Ausschreibungen bei der Durchführung von Vergabeverfahren zu verzichten.
18. Seit wann dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport bekannt ist, dass das Polizeipräsidium Frankfurt am Main und andere Polizeipräsidien in Hessen keine öffentliche Ausschreibungen für Abschleppaufträge durchführen und was es unternommen hat, um diese Vergabepraxis zu beenden.
19. Was der Grund für die eklatanten Preisunterschiede für die Durchschnittspreise bei der Vergabe an verschiedene Unternehmer im gleichen Einzugsgebiet ist und worin sich die Steigerung des Durchschnittspreises für Abschleppleistungen um mehr als 60% von 2014 auf 2015 begründet.
20. In welchem Umfang dem Land Hessen ein Schaden durch die Vergaben ohne ordnungsgemäßes Vergabeverfahren entstanden ist.
21. Wer für das Unterbleiben ordnungsgemäßer Vergabeverfahren und einen hierdurch gegebenenfalls entstandenen Schaden verantwortlich ist.

Die Haushaltsmittel für die Durchführung dieses Untersuchungsausschusses werden auf Antrag des Landtages durch die Landesregierung bereitgestellt.

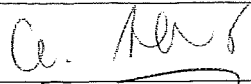
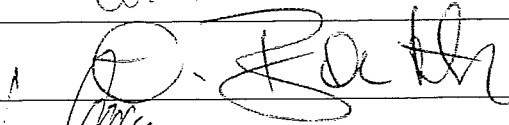

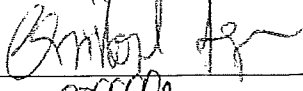
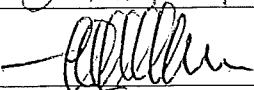
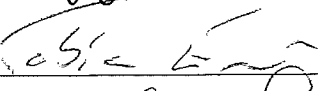
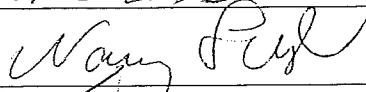
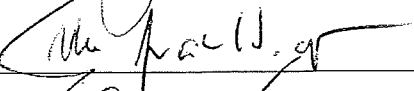
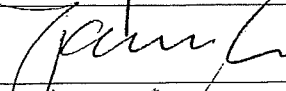
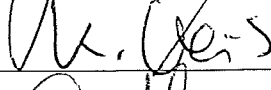
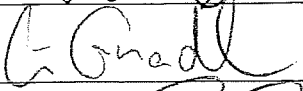
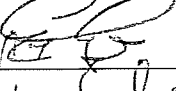
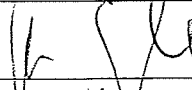
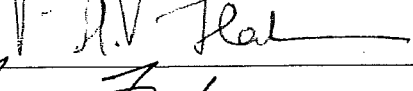
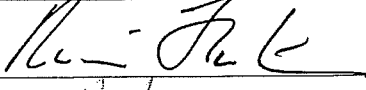
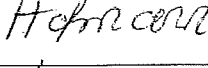
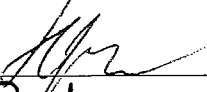
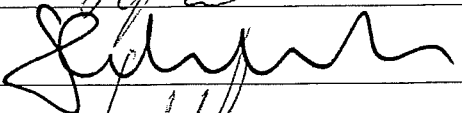
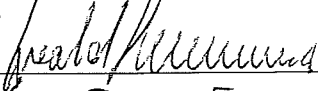
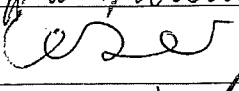
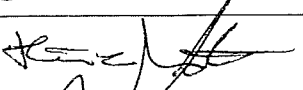
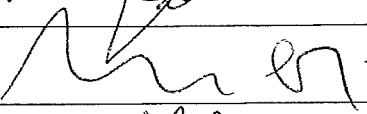
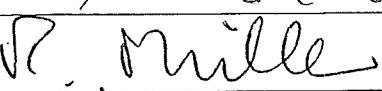
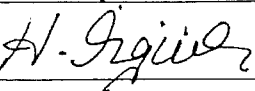
Wiesbaden, 20. Juni 2018

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Für die Fraktion
der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Rock

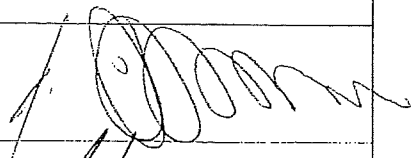
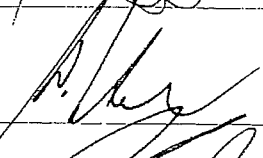

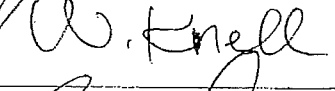
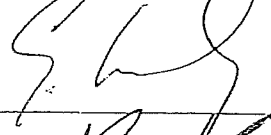
Anlagen

Unterschriftenliste SPD-Landtagsfraktion (19. WP)

Alex, Ulrike	
Barth, Elke	
Decker, Wolfgang	
Degen, Christoph	
Di Benedetto, Corrado	
Eckert, Tobias	
Faeser, Nancy	
Frankenberger, Uwe	
Franz, Dieter	
Geis, Kerstin	
Gnadt, Lisa	
Grüger, Stephan	
Grumbach, Gernot	
Habermann, Heike	
Hartmann, Karin	
Hofmann, Heike	
Hofmeyer, Brigitte	
Holschuh, Rüdiger	
Kummer, Gerald	
Löber, Angelika	
Lotz, Heinz	
Merz, Gerhard	
Müller, Regine	
Özgüven, Handan	

Quanz, Lothar	<i>Lothar Quanz</i>
Roth, Ernst-Ewald	<i>Ernst-Ewald Roth</i>
Rudolph, Günter	<i>Günter Rudolph</i>
Schäfer-Gümbel, Thorsten	<i>Thorsten Schäfer-Gümbel</i>
Schmitt, Norbert	<i>Norbert Schmitt</i>
Siebel, Michael	<i>Michael Siebel</i>
Sommer, Dr. Daniela	<i>Dr. Daniela Sommer</i>
Strube, Manuela	<i>Manuela Strube</i>
Warnecke, Torsten	<i>Torsten Warnecke</i>
Waschke, Sabine	<i>Sabine Waschke</i>
Weiß, Marius	<i>Marius Weiß</i>
Ypsilanti, Andrea	<i>Andrea Ypsilanti</i>
Yüksel, Turgut	<i>Turgut Yüksel</i>

UNTERSCHRIFTENLISTE FDP-Fraktion
Einsetzung eines Untersuchungsausschusses 19/3

NAME	VORNAME	Unterschrift
Dr. Blechschmidt	Frank	
Greilich	Wolfgang	
Dr. h.c. Hahn	Jörg-Uwe	
Knell	Wiebke	W. Knell 
Lenders	Jürgen	
Rock	René	